

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben belchäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6483
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Betzelgeld)
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Konfliktszeit in Leipzig! — Unsere Grenzstreitigkeiten. — Von der städtischen Straßenbahn zu Dresden. — Zur Lage der Gasarbeiter in Mainz. — Arbeiterauswahlfragen. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus den Gemeinden. — Anzeigen.

Konfliktszeit in Leipzig!

Dort, in jener mitteldeutschen Großstadt, wo die höchste deutsche Gerichtsbarkeit ihre Praxis übt, hat es dem Stadtgewaltigen gefallen, kurz vor Ostern **23 Arbeiter der Schleusen- (Kanal-) Reinigung ohne Kündigung zu entlassen**, weil — nun weil sie ihren um bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse kämpfenden Arbeitsbrüdern nicht in den Rücken fallen und sich nicht als Mauseisiger und Arbeitswillige gebrauchen lassen wollen. Der Sachverhalt ist folgender:

Am Sonnabend den 8. April d. J. traten die im Transportarbeiterverbände organisierten Arbeiter der Leipziger Dünger-Export-Aktiengesellschaft (Leipziger Katalien-Abfuhr) in den Streik. Sie verlangten Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Bezahlung der Stallwachen usw. Der Rat der Stadt hielt es nun für nötig, der so bedrängten Gesellschaft zu Hilfe zu eilen und Streikbrecher zu stellen. Schon am ersten Tage wurden 12 Schleusenräumer (bei uns organisiert) kommandiert. Sie sollten am Montag (9. 4.) früh die neue Arbeit beginnen, lehnten dies jedoch ab, nachdem sie an Ort und Stelle erfahren hatten, daß diese Arbeit nicht zu ihrer ausbedingenen Tätigkeit gehöre. Daraufhin wurden sie vor ihren Reifortschef beordert, einem Verhör unterzogen und, da sie bei der Verweigerung der angebotenen Privatarbeit blieben, entlassen. Von 12 Straßenehrern, die gleichfalls noch am Montag diesen erhabenen Antrag erhielten, wurden acht fortgejagt, die anderen vier hatten die neue Beschäftigung angetreten. Der Dienstag (10. 4.) brachte dann weiteren 12 Schleusenräumern das Glück, dort zu arbeiten, wo es andere nicht wollten. Einer erklärte sich bereit, die anderen verstanden aber diese sonderbare Arbeit nicht auszuführen und lehnten es daher ab, sich Gefahren auszusetzen, die diese Arbeit mit sich bringt. Von Rats wegen glaubte man hingegen, die Art der Arbeitsverweigerung sei nur vorgehoben, es fand deshalb eine hochnotpeinliche Untersuchung statt, und am Mittwochabend wurden die Elf doch entlassen. — Im Laufe des Mittwochs (11. 4.) wurde dann der eigentliche Streik bei der Dünger-Export-Aktiengesellschaft durch Vergleichsverhandlungen vor dem Gewerbegericht zu Ende geführt; die Arbeiter begannen am Donnerstag

ihre Tätigkeit wieder, die gemäßigten städtischen Arbeiter blieben aber ausgesperrt. Unsere Vertreter Berthold-Leipzig und Mohs-Berlin wurden mehrfach vorstellig; es fanden auch Verhandlungen mit dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Tröndlin statt. Um diese nicht zu stören, zogen auch die sozialdemokratischen Vertreter im Stadtverordnetenkollegium ihre für Mittwoch den 11. d. M. angekündigte Interpellation zurück; dies mußte aber alles nichts, es blieb vielmehr bei der Entlassung und zwar, wie man sagt: im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin. Die beteiligten Schleusenmänner und Straßenehrer sind also für die Ausübung ihrer Solidarität bestraft.

Unseren Leipziger Kollegen blieb daher nichts weiter übrig, als sich mit dieser Angelegenheit in einer allgemeinen öffentlichen Versammlung der städtischen Arbeiter zu beschäftigen und ihre Stellung zu dieser Sache zu bekunden. Nach vollzogener Berichterstattung durch die Verbandsvertreter und lebhafter Diskussion gelangte die nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heute am 12. April in den „Rosenfälen“ tagende öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter verurteilt mit Entschiedenheit das Vorgehen des Rates. Sie erblickt in der Handlungsweise der entlassenen Kollegen von der Schleusen- und Straßeneinigung keinen Disziplinbruch, sondern nur die moralische Verpflichtung den im Kampf befindlichen gewesenen Arbeitsbrüdern gegenüber. Die heute Versammelten erklären daher, gegebenenfalls genau so zu handeln wie die besagten Kollegen. Die Versammlung erwartet aber, daß der Rat der Stadt Leipzig seinen diesbezüglichen Beschluß wieder zurückzieht und die Entlassenen wieder einstellt. Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, die weiteren Schritte zu unternehmen und die Wieder-einstellung zu fordern.“

Dieser nackte Tatsachenbestand spricht ganze Bände. Wir wollen es daher für heute unterlassen, irgendwie kritisch denselben zu betrachten. Wir bauen indes auf das Vertrauen zu unseren Leipziger Kollegen und hoffen, daß sie tun, was im Interesse ihrer selbst und der Organisation notwendig ist.

Unsere Grenzstreitigkeiten.

Ein Wort zum Ranzler Verbandstage.
Von Heinrich Bürger.

I.
In Nr. 14 (1906) der „Gewerkschaft“, Spalte 220, stellte ich in Aussicht, die wesentlichen Momente in der Grenzstreitigkeitsdebatte vom Verbandstage noch einmal zusammenzufassen. Nachdem nun im Verbandsorgan auf einen Moment Lust geworden ist, soll die Erörterung dieser Frage erfolgen. Die nachfolgenden Ausführungen sind indessen keineswegs vollständige Verhandlungsprotokolle, hier habe ich persönlich das Wort ergreifen und um Rückfragen

vorgubengen, habe ich dies gleich zu Anfang besonders bemerkt. Das schließt natürlich nicht aus, daß am Ende in den meisten Punkten Übereinstimmung zwischen mir, den anderen Zustandsmitgliedern und dem Gros unserer Mitglieder herrscht. Dies zu betonen, war notwendig, weil der Verbandsvorstand im Verein mit dem Verbandsauschuss und unseren Bezirksleitern und Zirkelvorständen vor dem Verbandstage nicht mehr die Zeit genommen konnte, nochmals eine ausführliche Begründung der Stellungnahme in der Frage zu geben.

Eine gründliche Behandlung der Materie ist aber noch einmal notwendig geworden und vor allem soll diese Arbeit bezwecken, unseren Verbandsdelegierten einen Überblick im Zusammenhang zu bieten, sowie auch die Mitglieder in den Zirkelversammlungen zu einer Stellungnahme zu veranlassen. Jedenfalls ist aber allen Delegierten nachdrücklich das Studium unserer Grenzstreitigkeitsfrage anuraten. Dazu bietet unser Jahrgang 1904 reichlich Gelegenheit.

In Nr. 16 (1904) der „Gewerkschaft“ hat der Verbandsvorstand in dem Artikel „Unsere Grenzstreitigkeiten und gewerkschaftliche Taktik“, der auch in Form einer Proklamaire erschien, seine Meinung grundsätzlich vertreten. Am 7. und 9. Mai 1904 beschloß, entsprechend den Beschlüssen der vorausgegangenen Verbandstage, die gesamte Verbandsleitung (Vorstand, Ausschuss und Verbandsbeamte) die bekannte Resolution, die wir weiter unten wiedergeben werden und die für unsere Geschäftsperiode 1903/04, also bis zum Rainzer Verbandstage, maßgebend sein mußte. Einen anderen Weg, als den durch diese Resolution vorgeschriebenen, durfte weder der Verbandsvorstand noch ein Verbandsfunktionär beschreiten, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, mit dem Ausschlussparagrafen unseres Statuts nähere Bekanntschaft zu machen. Daron konnten Beschlüsse anderer Körperlichkeiten nichts ändern. Deshalb ist auch all das viele Geschwätz über Disziplinbruch, den unser Verband sich soll haben zuschulden kommen lassen (Spalte 221/222 der „Gewerkschaft“ dieses Jahrganges) ziemlich belanglos. Die neueren Auslassungen der „Allgem. Deutschen Gärtner-Zeitung“ sind in der „Gewerkschaft“ bereits veröffentlicht worden. Man wird also mir nicht den Vorwurf machen können, daß ich unseren Mitgliedern weder jetzt, noch vor zwei Jahren irgend etwas von Belang, was ich gegen unseren Standpunkt richtete, vorenthalten hätte. Ich habe allerdings Klage, diesen Vorwurf der Unachtsamkeit gegen die „Allgem. Deutsche Gärtner-Zeitung“ zu erheben, die mit Verneinung gegen uns zu Felde zog. Ebenso sind auch die neueren Stimmen aus den Mitteilungsblättern, soweit solche laut wurden, zur Veröffentlichung gelangt. Dann liegt noch eine andere Sache vor, was ganz Pitantes und nur für Nimmer, die Ehehe muß aber fast genossen werden. Ich meine die auf Spalte 175/176 des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands unter den gewerkschaftlichen Neuerscheinungen angezeigte Schrift des Vorsitzenden vom Steinerverband, A. Knoll, der Nennung als Mitglied zweiter Vorsitzender in der Generalkommission die Interessen der deutschen Gewerkschaften im höchsten Maße wahrnimmt. Die 2. Seiten umfassende Proklamaire ist betitelt: „Die Stellung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben Beschäftigten Arbeiter und Untergeordneten zur allgemeinen Gewerkschaftsbewegung“. Knoll ist, wie gesagt, der Verfasser, das genügt eigentlich und ich könnte damit schliefen, denn was nun kommt, riechen unsere Mitglieder schon von weitem, und dieser Leinwandre Zeitgenosse steht bei uns als sachlicher Debattier noch im frischen Andenken.

Da aber diese Schrift der Vorstandskonferenz vom 19. bis 23. Februar d. J. vorgelesen und zweifelsohne die Stimmung gegen unseren Verband beeinflusst hat, soll ich entgegengetreten werden. Die Einleitung dieser Schrift ist sehr vielversprechend und lautet:

„Am 19. Februar 1906 wird in Berlin eine Konferenz der Vorsitzenden der Zentralverbände stattfinden, die sich u. a. und in erster Linie auch mit der Frage der sogenannten Grenzstreitigkeiten zu beschäftigen haben wird. Es besteht nun vielfach die Ansicht, daß auch die Differenzen, in die verschiedene Gewerkschaften mit dem Verband der Gemeindebetriebsarbeiter, wie wir denselben kurzweg nennen wollen, geraten sind, ohne weiteres in das Kapitel „Grenzstreitigkeiten“ einzurangieren seien. Das ist nicht der Fall. Hier handelt es sich um mehr als bloße gelegentliche Differenzen über die Zuständigkeit dieser oder jener Arbeitergruppe — hier handelt es sich am letzten Ende um die Frage der Integrität aller Gewerkschaften oder doch der allermeisten derselben. Wir werden das in den weiteren Ausführungen unter Beweis stellen.“

In dieser Einleitung sei nur noch bemerkt, daß diese Schrift nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt ist und auch nicht zur weiteren Verbreitung gelangt, wenn der Verband in der Konferenz sich zu befriedigenden Erklärungen herbeiläßt. Andernfalls halten wir es für unsere Pflicht, diese Schrift allen denjenigen Gewerkschaften und Gewerkschaftsfunktionären, in deren Interessenskreise der Verband der Gemeindebetriebsarbeiter unberücksichtigtweise übergreift, zur freien Verfügung zu stellen.

Im Auftrage des Verbandes der Steinischer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

A. Knoll

Schon diese Einleitung ist ganz prächtig und jede Zeile hat ihren intimen Reiz. Nur das Sinnfälligste: Erstens handelt es sich bei uns gar nicht um Grenzstreitigkeiten, sondern um „etwas ganz anderes“, furchtbar Schreckliches, was Knoll „unter Beweis“ stellen wird. Zweitens soll unser Verband die Integrität aller Gewerkschaften (dies ist bei Knoll plästerermäßig gedruckt) gefährden.

Tabei weiß bald jedes deutsche Gewerkschaftsmitglied, daß im Grunde genommen nur zwei, höchstens drei Verbände, und zwar nicht wir mit ihnen, sondern sie mit uns den Grenzstreitigkeiten angehören und andere partout nicht in Frage kommen. Drittens: die Schrift ist angeblich nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt. Das wäre am Ende das Beste, sie wird sich gewiß nicht gut sehen lassen können. Und viertens: Unser Verband sollte sich auf der Konferenz zu „befriedigenden Erklärungen herbeilassen“. Man hat sich die Konferenz wohl so als eine Art Hemgericht gedacht. Dort werden in sicherem Verleiche, ohne viel Geräusch, Taumelndrauben angelegt und entweder abt der Verband eine befriedigende Erklärung ab oder er „fliegt“. Es mag bei Knoll oder bei seiner „demokratischen Institution“ üblich sein, daß der Vorstand in fundamentalen Fragen über die Kopfe der Mitglieder hinweg „befriedigende Erklärungen“ abgibt, die ungefähr das Gegenteil von dem bedeuten, was die Mitglieder wollen und beabsichtigen haben, bei uns werden diese Dinge jedenfalls anders behandelt. Da hat der Verbandstag zu befinden. Daß die am Vorabend der Konferenz verlesene Knollische Schrift gleichzeitig ein kleiner stauchgrütlicher Heberfall ist, sei nur nebenbei angemerkt.

Wie Knoll nun seine „Petreite fußt“, davon später.

Auf die Entstehungsgeschichte der Grenzstreitigkeiten im allgemeinen einzugehen, ist überflüssig, nur so das eine sei erinnert: Sobald die Verbände anfangen zu setzen, entstehen auch schon eine ganze Portion Grenzstreitigkeiten. Wir sind nun auch der Meinung, genau so wie alle die anderen, an solchen Differenzen beteiligten oder beteiligt gewesenen Verbandsvorstände, daß sie höchst unerflügend sind. Auch wir haben unsere Zustände behandelt und wänschen aufrechtig jeden höchsten Streit unter Gewerkschaften zu vermeiden. Das verpflichtet uns aber sicher nicht, auf unsere Angriffe zu schwärzen oder gar perfide Insinuationen wie ein Trottel rubig einzulassen. Von den neueren Grenzstreitigkeiten, an denen wir beteiligt waren, war jenerzeit die erste mit dem Transportarbeiterverband, demselben Verbande, von dem unser verlässlicher Verbandsvorsitzender auf der Verbandskonferenz vom 1901 ganz richtig sagte, daß er so ungefähr alles organisierte, was ihm unter die Hände läuft. Dieser Eifer soll gewiß anerkannt werden, aber kein Mensch wird leugnen wollen, daß im Transportarbeiterverband, nach demselben Vorhabe gemessen, den man an uns anlegt, die heterogensten Dinge zusammengebracht werden. Es fällt jedoch keinem Menschen ein, sich darüber zu ärgern, denn solange wie die verschiedenen organisierten Berufsgruppen in dieser Zusammenfassung sich wohl fühlen, werden sie in diesen Zusammenverlöbnisse bleiben, und nicht der losgerissene Nachbar kann sie herauslocken. Demals handelte es sich um die städtischen Straßenbahnen. Bei uns waren einige Mann davon organisiert, beim Transportarbeiterverbande wohl mehr, aber in Anbetracht der Zahl der großen Nähe und Unkosten, die dieser Verband hierauf verwendet hatte, doch eine recht unerhebliche Zahl, und nur fünf Städte mit einer größeren Ziffer kamen 1901 in Betracht. Unser Verband hatte weder damals noch heute eine lebhafte Station unter den Straßenbahnen entfaltet. Was bei uns war, wollte eben bei uns sein. Am allerwenigsten ist es uns je eingefallen, etwa im Transportarbeiterverbande bereits organisierte Straßenbahner zu uns herüberzuziehen.

Die „Gewerkschaft“ brachte in Nr. 16 vom 7. August 1903 einen Artikel zur Frage der Organisierung städtischer Straßenbahner. Die Situation lag damals (und zum Teil auch heute noch) so, daß wir in der Hauptsache solche Gruppen hatten, an denen andere Verbände ihre Mühe vergeblich probiert hatten. Der Transportarbeiterverband hatte keinerlei Chancen, da ihm die betreffenden Mitglieder nicht „abgejagt“ werden waren, sondern er sie nie gehabt hat und wahrscheinlich auch nie gewinnen wird, selbst wenn auch unser Verband nicht bestände. Außerdem war die Zahl der für uns in Frage kommenden Straßenbahner außerordentlich gering, und interessant ist zu sehen, daß soweit sie aus unserem Verbande wieder ausgeschieden sind, sie lokale Vereinigungen bildeten. — In der zweiten Hälfte des Jahres 1903 wurden vom Vorstand des Transportarbeiterverbandes gemeinschaftliche Verhandlungen mit unserem Verbandsvorstande angeregt, denen dieser zustimmte. Erst im März 1904 kam es dazu, und zwar fanden diese Verhandlungen mit der Generalkommission statt. Den Transportarbeiterverband vertraten: Zahnmann, Treber und Schultze. Unser Verband wurde durch Voelck, Ahmann und mich vertreten.

Die Vertreter des Transportarbeiterverbandes machten allere Rechte geltend und verlangten, daß der Gemeindebetriebsverband auf die Straßenbahner rund verzichte. Wir vertraten den Standpunkt, daß die städtischen Straßenbahner mit dem übrigen städtischen Personal engere Beziehungen habe als mit den unterschiedlichen Berufsgruppen des Transportarbeiterverbandes. Wir erklärten indessen:

„In den Städten, wo bei der Kommunalisierung auch der Straßenbahnen, deren Angestellte im Verbands der Handels- und Transportarbeiter überwiegend organisiert sind, verzichtet der Gemeindefacharbeiterverband auf die Zugehörigkeit derselben zu seiner Organisation.“

Dann wurde von uns noch für Städte, in denen beide Verbände in Frage kamen, ein gemeinsames Aktionskomitee einzusetzen angedacht. Diese Erklärung befriedigte die Vertreter des Transportarbeiterverbandes nicht. Es fand noch eine längere Debatte von mehr akademischem Werte statt, an welcher sich auch die Mitglieder der Generalkommission beteiligten und sich zugunsten des Transportarbeiterverbandes aussprachen. Hier schon wurde dem Gemeindefacharbeiterverband das Erstzinstrecht abgesprochen, indem man allen Comités die irrige Auffassung vertrat, daß in Monopolen unieres Standpunktes es nur drei gewerkschaftliche Verbände zu geben könnten: einen für Gemeindefacharbeiter, den zweiten für Staatsarbeiter und den dritten für Privatarbeiter. Die disziplinäre und autoritative Einheit des kommunalen Arbeitskörpers wollte man bei diesen Verhandlungen weder zugeben noch anerkennen. Es mag bei dem Verlauf der Verhandlungen wohl mit vor gewissem Einfluß gewesen sein, daß die an unseren Grenzstreitigkeiten Hauptbeteiligten zugleich der Generalkommission angehören. Eine Vertiefung fand im Hinblick auf die Konferenz unserer Verbandskomitees im Mai 1903 nicht statt, da hier die Situation noch einmal nach allen Richtungen hin beraten werden sollte.

Währenddessen war ein neuer, sehr lebhafter Grenzkonflikt in Hamburg mit dem Hafenarbeiterverbande ausgebrochen. Im Dezember 1903 beschwerte sich die Hamburger Kartellkommission beim Verbandsvorstande und später auch der Vorstand des Hafenarbeiterverbandes darüber, daß der Hamburger Filialbeamte Kollege Schönberg zu unrecht in den Sektionen der Haiarbeiter, Stadarbeiter und Bagagerer agitiere. Das sei das Gebiet des Hafenarbeiterverbandes und wir sollten dem Hamburger Verbandsvertreter eine andere Taktik empfehlen. In der Hauptsache handelte es sich um die Staatshaiarbeiter, die bis zum großen Hafenarbeiterstreik 1906/07 dem Hafenarbeiterverbande angehört und dessen Elitegruppe und stärkste Sektion war. Das Gefüge des Hafenarbeiterverbandes war vor dem großen Streik eigentlich recht lose, aber während durch den Streik erst die gefestigtere Grundlage für den Hafenarbeiterverband geschaffen wurde und die vorher bedeutungslosen Gruppen der schwarzen und weißen Schauerleute und der Ewerführer gewaltig emporstiegen, ging die stolze Sektion der Haiarbeiter vollständig verloren. Es konnte nur das schwache Fähnlein der Haiarbeiter der Amerikaner gesammelt werden, die Sammlung der Staatshaiarbeiter gelang nicht, trotz vieler Mühen. Das wird dadurch erklärt, daß die alten Staatsarbeiter, die den Streik mitmachten (und es gingen fast alle mit nur wenigen Ausnahmen mit), dauernd vom Staate ausgeschlossen und ihre Klage mit neuen Kräften besetzt wurden. In dieser Gruppe tumorten zeitweilig „deutsch-nationale“ und verwaltungstreuere Strömungen und als im Jahre 1901 unser Verband in Hamburg seinen Fuß fakte, meldeten sich nach und nach, ohne besondere Agitation in diesen Kreisen, einige Haiarbeiter bei uns als Mitglieder an. Sie erklärten, ohne unser Zutun und ganz freiwillig, daß sie als Staatshaiarbeiter unseren Verband als den für sie richtigen ansehen. Den Eintritt in den Hafenarbeiterverband lebten sie glatt ab. Unsere Hamburger Filiale hatte nicht die geringste Ursache, die Aufnahme zu verweigern. Bis 1903 war die Gruppe der bei uns organisierten Haiarbeiter etwas härter geworden und sie verlangte nun vom Filialvorstande planmäßige Agitation und Ausbreitung der Organisation, sowie Wahrnehmung der speziellen Interessen. Kollege Schönberg, der inzwischen die Leitung der Hamburger Filiale ganz übernommen hatte, trat im Spätherbst 1903 diesen Wünschen Rechnung und er durfte dies auch unbedenklich tun, da er sich sagte: der Hafenarbeiterverband bemüht sich schon über sechs Jahre vergeblich um die Organisation der Staatshaiarbeiter, während uns nach Lage der Verhältnisse die Sache leichter gelingen konnte. Als die Leitung des Hafenarbeiterverbandes dies sah, fürbte sie Verdrüß und verlor die Einstellung dieser Agitation. Das sei ein Einbruch in ihr Gebiet.

Unser Verbandsvorstand konnte aber einen solchen Einbruch gar nicht erkennen, da das fragliche Gebiet de facto gar nicht dem Hafenarbeiterverbande gehörte, wenigstens nicht in der Praxis. Dieses „Gebiet“ hatte sich doch konsequent vom Hafenarbeiterverbande separiert, was an sich natürlich zu bedauern ist, aber vorläufig weder von uns, noch von einer anderen Organisation geändert werden kann.

Trotzdem war es aber auch in diesem Falle uns vorzumerken, daß wir jahrelange Arbeit des Hafenarbeiterverbandes zerstört und ihm kontinuierlich die von ihm angeworbenen Mitglieder wegnehmen. Denn die Zahl der im Hafenarbeiterverbande tatsächlich organisierten Staatshaiarbeiter war verhältnismäßig im Vergleich zu der Zahl der Staatshaiarbeiter. Noch untröstlicher war dieser Vorwurf bezüglich der staatlichen Bagagerer und Stadarbeiter. Sie haben mit dem Hafenarbeiter nur insofern etwas gemein, als daß sie die Fahrten der Elbe ausbilden und die Stromufer sichern.

Mit demselben Rechte konnte der Transportarbeiterverband die Kleinseher für sich reklamieren, da diese dann auch gewissermaßen

Verkehrs- oder Transportarbeiter sind, indem sie die Straßen bauen, auf welchen sich der Verkehr zu Lande abwickelt. Das würde jedenfalls zu einer neuen sehr argen Katastrophe mit dem streitbaren Gewissen Anlaß führen.

Der Verbandsvorstand war auch in diesem Falle nicht in der Lage, einen endgültigen Entscheid zu fällen. Er mußte den Beschluß der Konferenz der Verbandskomitees abrufen. Diese tagte, wie bereits angeführt, am 8. und 9. Mai 1903 und kam nach sehr eingehender Beratung zu folgendem Entschlusse:

„Die in städtischen resp. staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten können ihre wirtschaftlichen Interessen nur durch eine gemeinsame Betriebsorganisation wahren, nicht aber durch Anschluß an die einzelnen Berufsverbände.“

Sollten die einzelnen in Frage kommenden Kategorien sich den beruflichen Verbänden anschließen, so würde diese eine erhebliche Schwächung der gemeinsamen Kraft bedeuten und fast jede einheitliche gewerkschaftliche Aktion unmöglich machen.

Die gewerkschaftlichen Bestrebungen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten unterscheiden sich wesentlich von den Forderungen der Arbeiter der Privatbetriebe.

Auch muß die Taktik der Arbeiter und Unterangestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben im gewerkschaftlichen Kampfe eine wesentlich andere sein, als wie die in der Privatindustrie üblichen.

Aus diesen Gründen heraus kann für die städtischen Arbeiter und Unterangestellten nur die gemeinsame Betriebsorganisation in Frage kommen.

Daher muß der Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten für sich das Recht in Anspruch nehmen, die allein zuständige Organisation für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen zu sein. Er sieht sich daher gezwungen, allen Bestrebungen energisch entgegen zu treten, welche eine Zersplitterung der gemeinsamen Kraft und der gemeinsamen Organisation der städtischen und staatlichen Arbeiter herbeiführen wollen.

In den Fällen jedoch, wo andere berufliche Verbände eine annehmbare Organisation für städtische resp. staatliche Arbeiter geschaffen haben, und insoweit ältere Rechte bestehen, wird unser Verband diese Rechte respektieren und auf die Zugehörigkeit der fraglichen Personen zu denselben verzichten.“

Es und was in dieser Resolution anders hätte gesagt werden müssen, das zu entscheiden ist nur der Verbandstag kompetent. Unsere Mitglieder aber wissen sicher noch aus der kleinen Broschüre: „Unsere Grenzstreitigkeiten und gewerkschaftliche Taktik“, daß zunächst die Generalkommission unter Androhung „entsprechender Maßnahmen“ die Aufhebung dieser Resolution verlangte. Dem konnte nicht entsprochen werden. Erstens hatte die Generalkommission kein Recht zu dieser Forderung, und der Verbandsvorstand kein Recht, ihr nachzukommen, selbst wenn er gewollt hätte.

Von der städtischen Straßenbahn zu Dresden.

Die Dresdener Straßenbahnen waren bis vor kurzem der Ausnutzung durch das Privatkapital überlassen. Zwei Aktiengesellschaften, die Dresdener und die Deutsche Straßenbahngesellschaft teilten sich alljährlich in den Gewinn, den ihnen die im Vergleich mit anderen Großstädten verhältnismäßig hohen Fahrpreise und die nichts weniger als gut bezahlten Angestellten einbrachten. Die kapitalistische Ausnutzung der Dresdener Straßenbahnen hat den Aktionären dieser Gesellschaften im Laufe der Jahre Millionen über Millionen abgeworfen. Der Gelben mehr als der Roten. Durch glänzende Konzeptionen, die bis in die neuere Zeit durch einflussreiche Aktienbesitzer in den städtischen Kollegien warme Fürsprache fanden, wußten die Gesellschaften ihre Pfaffen zu schneiden. Jetzt hat die Stadt unter großen Opfern die Straßenbahnen in städtisches Eigentum übernommen, statt von vornherein sie selbst zu bauen und in eigener Regie zu betreiben.

Wir haben also nunmehr ein städtisches Straßenbahnunternehmen in Dresden, für das jetzt ein besonderer Haushaltplan auf das Jahr 1906 aufgestellt ist, der noch die Stadtverordneten beschäftigen wird. Ein näherer Einblick in das Unternehmen, so wie es jetzt gestaltet ist, dürfte die Dresdener Einwohnerschaft sicher lebhaft interessieren. Wir möchten deshalb uns etwas näher mit dem Inhalte dieses Haushaltsplans beschäftigen. Zunächst die Hauptzahlen: Die Gesamteinnahmen im Jahre 1906 sollen betragen 8.500.000 M., die Ausgaben 4.373.284 M., so daß sich in diesem ersten, schwierigen Jahre immer noch ein Ueberschuß von 1.775.766 M. ergibt. Dieses Ergebnis dürfte aber wohl nur zu erzielen sein, wenn auf alle nötigen Reformen im Straßenbahnwesen verzichtet wird, die das Publikum und die Angestellten schließlich herbeiführen. In den Erläuterungen der einzelnen Positionen des Haushaltsplans ist darüber nichts zu finden, es scheint, als ob alles beim alten bleiben und die Verhältnisse der Straßenbahnen zunächst wenigstens rein finanzieller Zweck haben sollte. Darüber wird ja der Rat noch Ausschluß zu geben haben.

Uns interessiert natürlich in erster Linie die Position Besoldungen und Löhne. Und da fällt, verhältnismäßig genommen, sofort die hohe Ausgabe für zwei Direktoren und der niedrige Lohn für das Gros

der Angestellten auf. Für die zwei Direktoren sind je 16 000 M. Gehalt und 13 000 M. persönliche Zulagen an dieselben, also insgesamt 43 000 M. eingestellt. In der Erklärung zu diesem Posten ist weiter nichts gesagt, als daß ihm die Stadtverordneten am 28. Dezember 1905 bereits zugestimmt haben. Es wird sich also um vertagsmäßige Abmachungen mit den früheren Gesellschaften handeln, um eine anständige Versorgung der beiden Direktoren. Ueber das Gehalt wollen wir noch gar nichts sagen, 13 000 M. persönliche Zulagen, für jeden also 6500 M. in einem Jahre, scheinen uns denn doch aber dem Begriffe „angemessen“ nicht zu entsprechen. Warum bei so hohem Gehalt noch diese enormen Zulagen! Die beiden Direktoren haben demnach 1906 jeder ein Einkommen von 21 500 M.: Damit reiben sie nahe an das des Oberbürgermeisters heran. Und dann die Hauptsache: Zu was brauchen wir jetzt noch zwei Direktoren? Es handelt sich doch jetzt um einen einheitlichen Betrieb. Wenn die Direktoren gar so viel Arbeit hat, würde wohl auch mit einer tüchtigen Hilfskraft auszukommen sein. Wahrscheinlich steht aber einer solchen Einrichtung die Pensionsberechtigung der Herren Direktoren im Wege. Und da heißt es nun eben zahlen.

Für Schaffner, Fahrer, Signalwärter und Pilspersonal sind 1 906 220 M. eingestellt. Die Besoldungen entsprechen den bisher bestanden Einrichtungen. Es heißt aber in der Erläuterung: „Eine Neuregelung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse ist in Aussicht genommen.“ Das erscheint allerdings dringend nötig, wenn man sich diese Verhältnisse etwas näher ansieht. 69 Streckenwärter z. B. bezogen 1905 einen Jahreslohn von 960—1200 M., im Durchschnitt 1062 M. 33 dieser Leute erhielten unter dem Durchschnittslohn. Das ist eine erbärmliche Bezahlung unter allen Umständen; noch schlimmer, wenn man bedenkt, daß diese Leute allen Witterungseinflüssen ausgesetzt und meist Familienväter sind. 22 Mann bekamen 960 M. pro Woche noch nicht einmal 19 M.! Wenn man nach oben so generös in der Besoldung ist, erscheint diese miserable Entlohnung unverantwortlich. — Nicht viel besser sind Fahrer und Schaffner dran. Das Jahresgehalt der Schaffner betrug 1905 1020—1440 M., 103 Anwärter je 960 M., das der Fahrer 1140—1560 M., 120 Anwärter je 1090 M. Die 1581 Angestellten (inkl. 23 Signalwärter) erhielten insgesamt 1 844 628 M. oder im Durchschnitt jeder 1167 M. Man beachte den Lohnunterschied zwischen Fahrer und Schaffner! Letztere erhielten im Anfangs- und Endgehalt 120 M. weniger. Man hat bei ihnen offenbar auf die Trinkgelder der Fahrgäste gerechnet, dafür den Schaffnern von vornherein entsprechend geringeres Gehalt gezahlt. Das kann man sehr wohl aus diesen Zahlen herauslesen. Im allgemeinen muß auch der Lohn dieser 1581 Angestellten als durchaus unzureichend bezeichnet werden. Besonders, wenn man ihre Verantwortungsbereiche und nervenzerrüttende Arbeit in Rechnung stellt. Die Signalwärter bekamen 960—1080 M.; 268 von den 1581 Personen verdienten noch nicht 20 M. pro Woche.

Hierzu kommt noch eine andere Abteilung, die Streckenbauarbeiter. Alle anderen Beschäftigten stehen in festem Monatslohn, die Streckenbauarbeiter jedoch in Stundenlohn. Schon Ende vorigen Jahres bemühten sich diese, eine Lohnzulage zu erlangen und legten diese Bemühungen in diesem Jahre fort.

Ihnen ist nun vor einigen Tagen folgende Lohnstafel zur Kenntnis gebracht:

Anfangs-Stundenlohn	83 Pfennige
Nach 2 Jahren	84 „
„ 4 „	85 „
„ 6 „	86 „
„ 8 „	87 „
„ 10 „	88 „
„ 12 „	89 „
„ 14 „	40 „

Für Nachtschichten von abends 6 Uhr bis früh 6 Uhr pro Stunde 8 Pfennige Zuschlag.

Die jetzt beidatigsten Arbeiter sollen je nach ihrem Dienstalter in die betreffenden Lohnstafeln eingereiht werden.

Mit dieser Stafel sind die Arbeiter keineswegs zufrieden. Sie verlangen ganz mit Recht, den übrigen städtischen Arbeitern gleichgestellt zu werden. Der Anfangslohn, 83 Pf., ist unbedingt zu niedrig. Die alle zwei Jahre stattfindende Zulage von 1 Pf. pro Stunde ist ebenfalls ganz und gar unzureichend. Und diejenigen, welche in die glückliche Lage kommen, in — sage und schreibe — vierzehn Jahren 40 Pf. zu erhalten, dürften sehr selten zu finden sein. Der Rat zu Treeden sagte bei einer Gelegenheit: 120 M. sind bei bestehenden Anprüchen nicht ausreichend, eine Familie zu ernähren. Wir möchten die Streckenarbeiter sehen, die selbst bei 40 Pf. Stundenlohn 1200 M. verdienen. Denn dann müßten sie im Jahre 300 Arbeitstage à 10 Stunden leisten. Das schließt schon die Natur des Betriebes aus. Die Streckenbauarbeit ist zum allergrößten Teil Saisonarbeit. Im verfloßenen Winter haben verschiedene, weil wenig Stunden gearbeitet werden konnten, bloß fünf Mark pro Woche verdient.

Auch aus dem Haushaltsplan der Straßenbahnen geht hervor, daß die städtischen Betriebe Treedens sehr weit davon entfernt sind, als Musterbetriebe bezeichnet zu werden. Mit solchen Löhnen kann die Stadt wahrhaftig keinen Staat machen. Die Privatgesellschaften müßten die Angestellten ungeniert aus; die Stadtgemeinde darf nimmermehr derartige Ausbeutung fernere treiben, wenn sie sich den Vorwurf, Lohnrückerei zu treiben, nicht zuschieben will.

Aufgabe der gesamten Straßenbahner wird es sein, energisch an die Verbesserung ihrer Lage heranzugehen, selbst mit Hand anzulegen und die Organisation zu stärken.

Zur Lage der Gasarbeiter in Mainz.

Gasarbeiter.

Die Arbeiten der Gasarbeiter sind sehr mannigfaltig. Kohlen fahren und abladen, Koks verladen, Reiniger regenerieren, Bedienung des Kohlenaufzugs, Kokslochen usw. Wir nehmen hier hauptsächlich Bezug auf das neue Gaswerk, da daselbst durch das System der schrägen Retorten weit mehr Arbeiter im Hof beschäftigt werden, als z. B. im Gaswerk I. So müssen bei vollem Betriebe täglich 1400 Htr. Kohlen gebrochen und mittelst elektrischen Aufzugs in die Kasten über der Retortenbahn befördert werden. Hierbei haben besonders die zwei Mann, die unter dem Kohlenbrecher die Wagen füllen, unter dem Kohlenstaub zu leiden, weil die Kohlen nicht genügend angefeuchtet sind, um die Staubeinwirkung zu verhindern. Ja, zeitweise ist sogar das Anfeuchten verboten. Hatte doch sogar ein Meister kürzlich zwei Mann ins „Koch“ kommandiert und ihnen dabei erklärt, das sei eine Strafe. Uns interessiert es nur, weil hiermit zugegeben wird, daß der Aufenthalt im „Koch“ schädlich für den Arbeiter ist.

Bezüglich des Kohlenablades sei folgendes bemerkt. Es wurde festgestellt, daß durchschnittlich pro Arbeiter und Stunde 70—80 Htr. abgeladen werden, im vorigen Sommer kamen an manchen Tagen bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden sogar 900 Htr. auf den Mann, wobei die Arbeiterei oder vielmehr die Antreiber der Arbeiter untereinander seitens einzelner Meister viel dazu beigetragen hat. Für diese anstrengende Arbeit erhält dann der Arbeiter 3,30—3,60 M. pro Tag, je nach Dienstatte, während sonst bei Privaten der Jenner mit 1 M. bezahlt wird, was bei entsprechender Arbeitsleistung 7—9 M. pro Tag ausmacht.

Das Auswecheln der Reiniger ist auch eine der Arbeiten, die sehr schwer und unangenehm ist, besonders seitdem die Reiniger länger im Betriebe gehalten werden. Ist doch der Gasgeruch manchmal so stark, daß mit Abholung gearbeitet werden muß. Bei den Arbeitern sind deshalb Nervenreiz, Uebelkeit und Appetitlosigkeit die Regelmäßigkeiten eines Reinigerwechsels. Auch müßte hier für Schulbildung gesorgt werden.

Ferner ist noch das Kokslochen eine schwere anstrengende Arbeit, die wohl von den Arbeitern, aber nicht seitens der Verwaltung gewürdigt wird. Auch hier ist der Lohn nicht der Arbeit entsprechend, und die 7. Schicht, welche der Kofler arbeitet, geht gänzlich für erhöhten Mehraufwand an Nahrung und zuletzt an Schuhen wieder darauf. Wenn man dieses alles würdigt, müßte man zur Ueberzeugung kommen, daß die Kofler eher zur Kategorie der Lensenarbeiter als der Gasarbeiter gehören.

Außerdem haben die Gasarbeiter auch noch Beschwerden finanzieller Natur, nämlich die Bezahlung der Sonntagsüberstunden. Während des verfloßenen Winters kam es sehr oft vor, daß die Kofler, die Nachtschicht hatten, Sonntags morgens dabeistehen mußten, also im Anschluß an ihre Nachtschicht noch 5 1/2 Stunden arbeiten. Nun wir aber doch nur eine zwölf bezw. zehnstündige Arbeitszeit haben, so muß für jede weitere Stunde ein Zuschlag von 50 Proz. bezahlt werden.

(Arbeitsordnung § 40, Abs. 3.) Hier heißt es unter anderem: „Für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen, sofern diese in den Dienstplan fallen, wird von Mitternacht bis Mitternacht eine besondere Vergütung von 25 Proz. gewährt, sobald sie aber nicht in den Dienstplan fallen, ein Zuschlag von 50 Proz. bezahlt.“ Diese Sache wurde in mehreren Veranlassungen diskutiert und beschlossen, dieses dem Herrn Raurat Muß vorzulegen. Der Herr vertrat auch eine Regelung herbeizuführen. Nun wurde eines Tages der Sektionsvorliegende zu Herrn Kreuder gerufen und ihm mitgeteilt, daß die Verwaltung diese Überstunden einfach als in den Plan fallend betrachte und auch danach bezahle. Er möge deshalb die Verdärde zurücknehmen. Dies geschah, ohne zu bedenken, daß nicht der Sektionsleiter allein, sondern eine Verammlung der Sektion Gasarbeiter maßgebend sei. Und so stehen die Kollegen heute noch auf ihrem Standpunkt, um so mehr als die so heiß umstrittenen 50 Proz. früher schon bezahlt wurden.

Unter dem Zeichen des neuen Postariffs ist ein Lohn von 3,60 M. — 3,60 M. täglich nicht ausreichend, um eine Familie mit dem minimalsten Anprüchen durchzubringen. Und ein Wochenlohn von 24 M. für die Gasarbeiter der Gaswerke ist kein hoher Lohn, wenn man die Arbeit in demselben in Betracht zieht. Erhalten doch die Bauarbeiter in Mainz Löhne von 38—42 Pf., die Stunde. Darum ist es billig, daß die Gasarbeiter der städtischen Gaswerke im Lohne mindestens gerade so gestellt werden, als gleichartige Arbeiter der Privatindustrie und Handwerker. Bei all diesen Beschwerden sind die Kollegen unter sich nicht einig, es wäre vor allen Dingen Pflicht, daß die Kollegen sich gegenseitig achten würden, alle in unseren Verband eintreten und dem Vorkomitee den Rücken kehren würden, dann würde auch die Direktion mehr Achtung vor den Arbeitern haben.

Arbeiterauschüßfragen.

Wie ein Arbeiterauschüß nicht arbeiten soll,

Haben wir schon oft genug in diesen Blättern gezeigt. Heute möchten wir an die bekannten Vorgänge in Halberstadt (siehe Nr. 7 der „Gewerkschaft“) wieder anknüpfen. Der auf öffentliche Kosten wechselfeldete und eine fette Entbehrungsrationen beziehende Gasdirektor Zink besagte sich am 6. Februar d. J. im Stadtparlamente bitter darüber, daß bei Gründung einer Filiale unseres Verbandes u. a. auch der Arbeiterauschüß übergegangen worden sei. Somit treten die Gewerkschaften zur Schaffung von Arbeiterauschüßen ein und hier ignorierte man ihn einfach. Das könnte nicht geduldet werden. Dieses warme Interesse für den Arbeiterauschüß ist in der Tat rührend, aber es gab Leute, die boshaft genug waren, den Ausschüß vom Halberstädter Gaswerk als von Direktors Gnaden hinzustellen und damit zu sagen, daß er wohl ein Instrument sei zur Förderung der Ansichten des Direktors, nicht aber der Arbeiterinteressen. Die Mitglieder dieses Arbeiterauschüßes werden wohl auch schwerlich Anspruch auf die Bezeichnung Arbeitervertreter erheben. Sie sollen und wollen es offenbar gar nicht sein. Um uns aber nun nicht dem Verdacht auszuliefern, als ob es uns nur um einige leere Redensarten zu tun ist, soll ein Protokoll das Gesagte beweisen.

Man lese also, was uns der bekannte günstige Wind auf den Redaktionstisch wehte:

Protokoll

über die Sitzung des Arbeiterauschüßes am 17. Januar 1906.

In heutiger Sitzung ist folgendes verhandelt:

1. Dem Vornamen nach beiziehenden Bestrebungen zur Schaffung einer sogenannten Organisation der Gas- und Wasserwerksarbeiter. Es wird festgestellt, daß keinem Mitgliede des Arbeiterauschüßes von irgend welchen Organisationsbestrebungen der Arbeiter der Gas- und Wasserwerke etwas bekannt ist.
2. Zum Ausdruck wird jedoch gemacht, daß die bis jetzt üblichen Weichnachtszulagen unter der Arbeiterschaft Unzufriedenheit hervorgerufen haben.
3. Direktor Zink erklärt sich bereit, die Weichnachtszulagen für die Folge wegzufallen zu lassen.
4. Auf Anfrage des Direktors Zink wird festgestellt, daß Wünsche durch den Arbeiterauschüß nicht zu stellen sind.
5. Ferner wird festgestellt, daß Forderungen, wie sie für eine Arbeiterorganisation als Arbeitsfeld geeignet sind, in den beiden Betrieben nicht mehr zu formulieren sind, weil solche in der Form von Arbeiterauschüß, eigene Krankenkasse, Pensionsberechtigung und Renten- und Altersversorgung nach staatlichen Grundgesetzen, Gewerbeverein uft. schon vorhanden sind.
6. Vorschläge werden grundsätzlich nur von Fall zu Fall erledigt.
7. Schloffer Theile wird vom Direktor Zink zum Mitgliede des Arbeiterauschüßes ernannt.

(gez.) Unterschriften.

Nein, dieses liebliche Idyll trauter Harmonie! Wie wird Euch, Kollegen?

Samose Arbeitervertretung, der nichts von den Organisationsbestrebungen ihrer Kollegen bekannt ist.

Diese Arbeitervertreter stimmen der Abschaffung einer (an sich allerdings nur zur Schmaroberzuchtung) einzuführenden Weichnachtsprämiation zu, ohne dafür eine allgemeine Zulage zu fordern, die allen Arbeitern zugute kommt.

Diese Arbeitervertreter lassen ausdrücklich feststellen, daß sie keine Wünsche vorzubringen haben, während kurz darauf 12 Mann brutal gemährschelt werden, weil sie sich vermähnen, Arbeiterforderungen zu Gehör zu bringen und sich zu organisieren.

Diese Arbeitervertreter lassen sich, ohne zu mühen, kritisieren, indem sie widerspruchselos feststellen lassen, daß sie und ihre Mandatgeber keine Forderungen mehr zu stellen haben, da ja alles da ist, sogar ein Arbeiterauschüß und ein Gewerbeverein, mit dem Hauptagulator Zink an der Spitze.

Diese Arbeitervertreter werden vom Herrn Direktor Zink ernannt, wie das Protokoll besagt. Wir wissen nicht, was wir mehr bewundern sollen: den „Mut“ des Herrn Direktors, mit welchem er sich der „Interessen“ seiner Arbeiter annimmt, oder die „Sinnhaftigkeit“ dieser „Arbeitervertreter“, die sich aus Liebe und Anhänglichkeit zum Direktor (na, ganz verständlich) so total entmannen lassen.

Aus unierer Bewegung.

Berlin, Sektion IV. (Engl. Gasanstalten) Sektionsversammlung am 9. April in Schöneberg bei Lbst. Die Versammlung war sehr schwach besucht. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Bericht des Vorstandes und Kassierers, nahm Kollege Polenske das Wort.

Nach den gewaltigen agitatorischen Erfolgen des letzten Halbjahres 1905 handelte es sich im letzten Quartal darum, die neu gewonnenen Mitglieder mit dem Gedanken der Organisation zu erfüllen

um dadurch auch eine innere Festigung der Organisation zu erzielen. Leider wurden wir in unserer Arbeit gestört durch die neueiliche Haltung der Direktion gegenüber unserer Organisation. Nicht weniger als 10 Maßregelungen von tätigen Kollegen seien zu verzeichnen. Zwar ist durch die jüngsten Verhandlungen vor dem Gewerbegericht der Verwaltung ein Dämpfer aufgesetzt worden, aber trotzdem glaubt immer noch Herr Heßlop, durch diese Maßregelungen die Organisation zu vernichten. Verlorene Liebesmühl Jede Maßregelung steigert nur den Ingrimm der Arbeiter über sein Regiment. Eigentlich können wir dem Herrn dankbar sein. Wie er seinerzeit, durch seine Behandlung der Arbeiter, der Mitbegründer unserer Organisation war, so haben auch die jüngsten Ereignisse nur dazu beigetragen, die Organisation zu stärken. Zahlen beweisen auch hier. Am Ende des IV. Quartals 1905 betrug die Mitgliederzahl 1004; Neuaufnahmen fanden 161 statt. Ausgetreten resp. gestrichen sind 118, bleibt ein Bestand von 1050 Mitgliedern.

Die Verhandlungen der Ausschüsse im letzten Quartal brachten den Kollegen keine nennenswerten Verbesserungen. Tagedien war die Bewährung der Feuerzuzulage von 60 Mark pro Mann ein immerhin nennenswerter Erfolg. Für die Organisation neugetrieben wurden die Kollegen der Gaslöcher Abteilung des Reviers Steglitz. Den Massenbericht gab Kollege Sareysa. Eine endgültige Abrechnung konnte nicht erfolgen, da noch ein großer Teil der Mittel vom letzten Vergütigen ausstehen. Ueber die Kampffonds-Angelegenheit referierte ebenfalls Kollege Polenske. Nach lebhafter Diskussion gelangten nachstehende Resolutionen, mit allen gegen 6 Stimmen angenommen, zur Annahme:

Die Generalversammlung der Arbeiter der F. G. W. M. ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erweist die Gasarbeiter-Konferenz insonderheit zur Frage von Gasarbeiterstreiks sowie eines Kampffonds für alle Gasarbeiter Deutschlands Stellung zu nehmen.

Die Versammelten halten die obligatorische Einführung eines 10 Pfennig-Kampffonds für alle organisierten Gasarbeiter für dringend erforderlich unbeschadet der vom Verbandstag beschlossenen Erhöhung der Verbandsbeiträge. Die Delegierten zur Gasarbeiter-Konferenz werden erucht, in diesem Sinne zu wirken.

Zwei Anträge, die Mitglieder Adolf Scholz, Gitschinerstraße und Lohar Schwederski, Vaternenwärtler, wegen Schädigung der Organisation auszuschießen, gelangten einstimmig zur Annahme. Die Anträge wurden dem Filialvorstand überwiesen. Nach einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen und Beschlüsse, u. a. soll im Juni in Hahnenwerder ein Sommerfest stattfinden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Graf-Berlin. Am Sonntag, den 8. April, vormittags 10 Uhr, waren die Mitglieder zu einer außerordentlichen Filialversammlung einberufen worden, um zum Mannzer Verbandstage Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat hatte der Verbandskassierer Kollege Ahmann übernommen. In längeren eingehenden Ausführungen behandelte derselbe das gesamte in Betracht kommende umfangreiche Material, die hauptsächlichsten Punkte besonders hervorhebend und erläuternd. So geschah es mit der Frage der Grenzstreitigkeiten, der Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung und mit den Abänderungsvorschlägen zum Verbandsstatut. Alle Gründe, die für diese letzteren sprechen, führte Redner ins Feld und wies treffend die Notwendigkeit von Unterstützungs-Einrichtungen in unserem Verbands nach. Den Kollegen gab Ahmann den Rat, eingehend sich mit dem Studium des demnächst herauskommenden Geschäftsberichts zu beschäftigen, da dieser eine Fülle von Material enthält, das zur Beurteilung der bisherigen Entwicklung unseres Verbandes sowohl als auch der zu ergreifenden weiteren Maßnahmen unbedingt wünschenswert ist.

An das beifällig aufgenommene Referat knüpfte sich eine längere Diskussion, die im großen und ganzen in zusammenfassenden Äußerungen seitens der Debatter sich bewegte. -- Kollege Titmer legte einige Anträge zum Statutentwurf vor, begründete diese und eruchte um deren Annahme. Der erste Antrag will die im § 2 des Entwurfs die Worte „oder dessen Ehehälfte“ streichen, wurde jedoch von der Versammlung abgelehnt. Die weiteren drei Vorschläge wurden hingegen angenommen. So soll im § 5 (Ende der Mitgliedschaft) eingefügt werden: „wenn ein Mitglied trotz erfolgter Mahnung mit mehr als 8 Wochenbeiträgen im Rückstand ist“; die gleiche Maxime ist an allen bejählichen Stellen des Statuts festzusetzen. Der § 8 ist dahin abzuändern, daß der Beitrag für weibliche Mitglieder nicht 20 sondern 25 Pf. betragen soll. Schließlic soll mit Rücksicht auf die hohen Kosten im § 42 die alte Bestimmung wieder aufgenommen werden, daß der Verbandstag nur alle 3 Jahre zusammentritt. -- Es folgte hierauf die Aufstellung der Mandatdaten für die Delegiertenwahl. Die Wahl selbst wird von den einzelnen Sektionen in geschlossenen Wahlversammlungen vorgenommen. Wegen 3 Stimmen wurden folgende 17 Kollegen aufgestellt und den Mitgliedern zur Wahl empfohlen: Prink, Kassarbeiter; Puch, Gasarbeiter; Titmer, Erbsbureau; Fiebig, Wasserwerksarbeiter; Demge und Gentsche, Mantelpliegerpersonal; Maschul, Gasarbeiter; Mehs, Rich- und Schlachthofarbeiter; Polenske, Gasarbeiter; Schmidt-Eber, Schönefelder, Gasarbeiter; Memus, Richtenberg; Schabel, Kanalisationsarbeiter; Schulz, Straßenreiner; Fischen, Gasarbeiter;

Beslotenosty, Gasarbeiter; Wuysh, Ortsbureau; Zabel-Charlottenburg. Als Ersatzmänner wurden einstimmig nominiert: Ellenbed-Schoneberg; Harry Rindorf; Mähl, Gasarbeiter; Pachmund, Vieh- und Schlachthofarbeiter; Meves, Wasserwerksarbeiter; Müller, Sanitationsarbeiter; Kosselart, Gasarbeiter; Ziebert-Charlottenburg; Strud, Wadankaufpersonal; Szalwidi, Gasarbeiter; Unglaube; Gasarbeiter. Um 11 Uhr mittags wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den Verband geschlossen.

Dresden. Unsere Dresdener Ortsleitung hat einen kurzgefaßten Jahresbericht herausgegeben. Trotz seiner Kürze, man hat ihn in wenigen Minuten gelesen, ist er aber sehr inhaltsreich. Man ist erfreut und erkaunt zugleich über die reiche Fülle positiver Leistungen unserer Dresdener Kollegen. Die Mitgliederzahl ist von (Ende 1904) 870 auf (Ende 1905) 1239 gestiegen, also ein Mehr von 369. Man beachte wohl in Dresden! Da bedeuten diese Zahlen unendlich viel. Sie zeugen von großem Geschick, unendlicher Ausdauer und Energie der Leitung sowohl als auch aller Mitglieder. Eine Bilanzleistung ist und bleibt die Durchführung des Einheitsbeitrages von 50 Pf. pro Woche. Dafür hat Dresden auch die Erwerbslosenunterstützung, Lohnfragen und die Frage der Verfürzung der Arbeitszeit, Reform der Arbeiterauskünfte, Reform der Arbeitsordnung und Koalitionsrechtsfragen füllten außer den belehrenden, geschäftlichen und agitatorischen Teil 11 Versammlungen, 22 Sitzungen und 142 Besprechungen aus. Die Gesamteinnahme 1905 belief sich auf 24924,83 M. Die Ausgabe auf 16 677,03 M., so daß ein Bestand von 7.933,32 M. verbleibt. Aus dem kleinen Bericht spricht sogleich gewerkschaftliche Tatkraft und gesunder gewerkschaftlicher Sinn, daß die von anderer Seite neuerdings in der Grenzstreitigkeitsdebatte gerade den Dresdener Kollegen gemachten Vorwürfe der leichten Simpelci als eine hohle Tölpelheit oder gottschämmerliche Hundsstoterei erschienen. Eine mehr geschichtliche Darstellung der Dresdener Bewegung ist für unsere aus Anlaß des zehnährigen Bestehens geplante Jubiläumsschrift in Aussicht gestellt.

Görlitz. Am 1. April hielt unsere Filiale ihre Mitglieder-versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Der bevorstehende Verbandstag in Mainz, Wahl eines Delegierten.

Zum ersten Punkt sprach H. Freißler, Dresden. Er behandelte eingehend die Aufgaben des Verbandstages, sowie die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues der Unterstützungsvereinigungen. Gestützt auf die Erfahrungen der Dresdener Mitglieder mit der Erwerbslosen-Unterstützung konnte er beweisen, daß das, was einer einzelnen Mitgliedschaft möglich war, im großen Verbandsverband erst recht möglich sei. Er warnte aber eindringlich davor, die Unterstützungen nicht zu hoch zu bemessen. Denn es sei sehr schwierig, wenn man sehr, nicht auszukommen und dann die Leistungen herab, oder die Beiträge hinaufsetzen müsse. Lieber solle man die Unterstützungen nicht zu hoch bemessen im Anfang; siehe man, daß durchzukommen sei, dann könne man eher etwas zulegen. Vor allem müsse man aber nur im Auge behalten, daß wir ein Verband zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, kein Unterstützungsverein seien. Er empfahl daher, der Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung im Prinzip zu zustimmen, sowie auch die Beiträge einheitlich auf 40 Pfennig festzulegen. Die Höhe der Erwerbslosen-Unterstützung solle pro Tag 1 M. nicht übersteigen. Die sich entwickelnde längere Debatte zeitigte folgende Resolution, welche einstimmig angenommen wurde:

Die heutige Mitgliederversammlung ist mit der Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung, sowie mit der Festlegung der Verbandsbeiträge auf einheitlich 40 Pfennig einverstanden.

In der Delegiertenwahl äußerten viele ihre Unzufriedenheit über die Einteilung der Wahlkreise. Görlitz sei von den übrigen Filialen zu sehr entlegen. Es könne passieren, daß sie wohl für einen Delegierten stimmen würden, aber dann keinen Bericht erstattet erhielten. Auch sei es infolge der weiten Entfernung nach Mainz, sowie der Dauer des Verbandstages für einen im städtischen Betrieb Beschäftigten fast unmöglich, als Delegierter an dem Verbandstag teilzunehmen. Angesichts dieser Umstände sahen sie davon ab, aus ihrer Mitte einen Mandatanten aufzustellen. Sie wählten daher gegen 2 Stimmen den Kollegen Freißler, Dresden, und beauftragten ihn, sich mit Ehemigkeit in Verbindung zu setzen.

Nachdem noch einige innere Verbandsangelegenheiten, Wahl eines anderen Schriftführers, erledigt waren, erfolgte Schluß der von der Hälfte der Mitglieder besuchten Versammlung.

Königsberg i. Pr. Am 8. April fand eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung in Ludwigshof statt: 1. Massenbericht vom 1. Quartal 1905; 2. Der diesjährige Verbandstag; 3. Wahl eines Delegierten zu demselben; 4. Verschiedenes. Der Maschierer gab zunächst den Massenbericht, der von einem weiteren Fortschreiten der hiesigen Filiale Zeugnis ablegte. Dem Maschierer wurde Decharge erteilt. Dann referierte Genosse Crispian eingehend und ausführlich über den diesjährigen Verbandstag, der vom 28. Mai bis 2. Juni in Mainz tagen soll. Der neue Statutenentwurf des Verbandsverbandes wurde einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen. Ein Antrag, der so lautet: Der Verbandstag wolle beschließen, daß der Vorstand aufgefordert wird, mit aller Energie dafür einzutreten, daß die Generalkommission der freien Gewerkschaften einen Beschluß dahingehend faßt, daß alle in Gemeinde- und Staatsbetrieben

beschäftigten Arbeiter dem Verbandsverband der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehören, wurde einstimmig angenommen. Zum Delegierten wurde Genosse Crispian gewählt. Im Verschiedenen bewilligte die Versammlung dem neugegründeten Arbeiter-Turnverein eine einmalige Unterstützung von 20 M. Einer scharfen Kritik wurde ein Vorkommnis in dem Tiefbauamt III unterzogen. Ein städtischer Arbeiter war mit einer Geldstrafe im Betrage von 8,40 M. bedacht worden. In der Versammlung herrschte allgemeine Entrüstung darüber. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Mainz. Die Mitgliederversammlungen vom 18. Februar und 4. April beschloßen, allerdings noch auf Grundlage des alten Statuts, folgende Abänderungsanträge an den Verbandstag zu stellen:

Bei § 3 Abs. c zu streichen, und dafür zu setzen: Wenn ein Mitglied länger als 8 Wochen im Rückstande ist und nicht vor Ablauf der 8. Woche um Stundung der Beiträge, unter Vorzeigung seines Mitgliedsbuches, bei der Ortsverwaltung nachgesucht hat.

§ 4 Abs. 1 statt 20 Pf. 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche, bei Pensionierten statt 10 Pf. 15 Pf. zu setzen. Der Schlußsatz betr. Delegiertensteuer ist zu streichen.

§ 5. Bei Abs. a ist anzufügen: sind Marken à 5 Pf. einzulieben. Abs. c anzufügen: Bei Eintritt von Krankheit oder zum Militär ist dem Maschierer sofort Meldung zu machen und das Mitgliedsbuch vorzuzeigen, ebenso ist das Mitglied verpflichtet sich bei Antritt der Arbeit bei dem Maschierer zu melden.

§ 9 Abs. c als Schlußsatz anzufügen; jedoch sind dieselben wieder wählbar. Bei demselben Paragraphen letzter Absatz als Schlußsatz anzufügen: Dasselbe gilt auch für gewesene Verbandsbeamte und Filialvorsitze.

§ 10 Abs. 4 zu setzen: 350 statt 150.

§ 12 einzufügen: Stirbt die Frau eines Mitgliedes, so soll der Mann ebenfalls ein Sterbegeld beziehen, und zwar dieselbe Summe als wie wenn der Mann stirbt.

Weiter wurde folgender Antrag angenommen: Die Filiale Mainz beantragt, die Generalversammlung wolle beschließen: I. Für die Städte Mainz und Wiesbaden einen Bezirksleiter aus Verbandsmitteln zu bewilligen und den Hauptverband mit der Belegung dieser Stelle zu beauftragen. II. Die Filialen sollen jedoch das Vorschlagsrecht haben.

In der Mitgliederversammlung vom 8. April wurde der Delegierte beauftragt, gegen die Vorstandsanträge über 30 Pf. hinaus zu stimmen, denn das würde den Ruin unserer Filiale bedeuten; im übrigen den Anträgen des Hauptverbandes, was gut und brauchbar ist, zuzustimmen. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die heute am 4. April im „Goldenen Flug“ tagende gut besuchte geschlossene Mitgliederversammlung erklärte in Anbetracht der eingereichten Vorschläge und Anträge des Hauptverbandes, über die Erhöhung der Beiträge bis zu 40 Pf. und die neuen einzuführenden Unterstützungsarten dem Hauptverbande ihre Anerkennung nicht zu verweigern, kann sich jedoch zur Zeit nicht für eine so rapide Erhöhung der Beiträge im Interesse der Erhaltung unserer Filiale aussprechen und beauftragt ihren Delegierten für unsere Anträge oder solchen, die unseren entsprechen, einzutreten.

Mannheim. Im Jahre 1905 verlangten die städtischen Arbeiter vom Stadtrat kürzere Fristen für die nach dem Lohnklassentarif zu gewährenden Zulagen. Bis jetzt haben die städtischen Arbeiter fünfjährige Zulagenfrist. Es erhalten nach einjähriger Dienstzeit die Arbeiter der C- und D-Klasse, und das ist die überwiegende Mehrzahl aller bei der Stadt Beschäftigten, eine Zulage von 20 Pf., nach fünfjähriger Dienstzeit eine solche von 15 Pf. und nach zehnjähriger Dienstzeit abermals 15 Pf. Bei der B-Klasse betragen die Zulagen in der gleichen Zeit 20, 25 und 25 Pf., bei der A-Klasse 10, 20 und 25 Pf. Wenn die Arbeiter aber damals geglaubt haben, daß der Stadtrat hierin Entgegenkommen zeigen würde, so waren sie im Irrtum. Für die Beamten bestehen wohl zweijährige Zulagenfrist. Die städtischen Arbeiter aber in ihrer großen Mehrheit können ja ganz gut 5 Jahre warten bis sie ihre 15 Pf. Zulage erhalten. Tod ja, daß wir es nicht vergessen, in etwas ist der Stadtrat „entgegengekommen“.

Es wurde nämlich folgende Bestimmung in die Arbeitsordnung aufgenommen:

Die Lohnzulagen nach Maßgabe des Tarifs werden jährlich nur auf zwei Termine, und zwar auf 1. Januar und 1. Juli bewilligt und von der nächsten, auf die genannten Tage folgende Lohnperiode ab ausbezahlt. Auf die genannten Termine werden alle Zulagen bewilligt, die im gleichen Kalenderhalbjahr nach dem Fristenlauf fällig werden.

Vorher bestanden nämlich vier Termine für die Bewilligung der Zulagen. Die städtischen Arbeiter in ihrem unüberhörlichen Vertrauen glaubten nun, der Stadtrat würde dem Wortlaut der obigen Bestimmung zufolge die Lohnzulagen im Voraus für das betreffende Halbjahr bewilligen, aber der verehrliche Stadtrat beliebe zu sparen und handte den Betriebsleitern die Bitte der zur Bewilligung eingereichten, soweit sie nicht schon die volle Zeit zurückgelegt hatten, mit dem Bemerkten zurück, es würden erst Zulagen gewährt von dem Aufbesserungstermin ab, der der zurückgelegten vollen Dienstzeit folgt. So erhielt beispielsweise ein Mitglied des Arbeiterauschusses,

der am 6. Juli fünf Jahre Dienstzeit hinter sich hatte, erst vom 1. Januar ab seine 15 Pf. Zulage. Selbstverständlich nahmen die Arbeiter diesen Kontraktbruch nicht so ruhig hin; die Gasarbeiter wurden bei ihrem Direktor deshalb vorstellig und dieser erklärte dem Arbeiterausschuß, der Stadtrat habe es abgelehnt, im Voraus auszubehorn. Daraufhin beschwerten sich die Arbeiterausschüsse in einer Petitionierung im Rathaus. Bürgermeister Ritter erklärte hierauf: Die Bestimmung im Statut könne wohl so ausgelegt werden, wie die Arbeiter sie auslegen, aber der Stadtrat meine diese Sache anders. Es sei in der Abfassung des betr. Paragraphen eben ein Fehler unterlaufen, die Beamten erhielten auch erst nach der vollen Dienstzeit Zulagen. Auf den Hinweis des Vorsitzers des Arbeiter-Ausschusses, daß es doch kaum glaublich erscheine, daß den juristisch gebildeten Herren auf dem Rathaus, die diese Bestimmungen ausarbeiten, derartige Fehler unterlaufen können, so daß sie bei der Beratung unbemerkt bleiben, und daß ferner ein Vergleich mit den Beamten, die zweiährige Zulagefristen haben, bei den fünfjährigen Zulagefristen für Arbeiter keineswegs am Platz sei, gab der Bürgermeister zu, daß in dem vom Stadtrat beliebigen Modus eine gewisse Härte liege, und versprach, dafür zu sorgen, daß solche Leute, die $\frac{1}{4}$ Jahr nach dem Termin Zulagen zu beanspruchen hätten, noch bei der jeweiligen Zulagebewilligung mit berücksichtigt werden sollten. Ein Antrag des Arbeiter-Ausschusses, das Gewerbegericht über die Auslegung der mehrfach erwähnten Bestimmung entscheiden zu lassen, fand entschiedene Ablehnung seitens des Bürgermeisters. Diese Sitzung fand im September 1905 statt und noch heute haben die Arbeiter ebensowenig die ihnen zuzehenden Geldbeträge erhalten, wie der Arbeiter-Ausschuß eine Nachricht über das Schicksal des Vorschlags des Bürgermeisters Ritter. Es gewinnt den Anschein, als ob dieser nicht in der Lage gewesen sei, seinem Vorschlag im Stadtrat Geltung zu verschaffen. Es wäre höchste Zeit, daß endlich einmal mit dieser fleischlichen Dornstachel gegenüber den Arbeitern aufgeräumt wird. Namentlich bei der jetzigen Teuerung der Lebensmittel sollte man den Leuten wenigstens das zukommen lassen, was durch das Statut festgelegt ist. Aber leider glaubt man noch immer, wenn es sich um Arbeiter handelt, hier sei ein Entgegenkommen nicht nötig.

Für die städtischen Arbeiter muß dies eine Mahnung sein. Sich ihrem Verbandsanführer und energischer als bisher ihre Rechte wahrzunehmen, dann werden solche Dinge nicht mehr vorkommen, und auch die Mißstände, die noch in einigen städtischen Betrieben herrschen, die wir nächstens einmal näher beleuchten wollen, werden verschwinden.

München. Unsere sehr gut besuchte Generalversammlung vom 8. April wurde durch 2 Vieder unseres Zängerkreises eingeleitet. Kollege Sebald gab nach Vorlesen des Protokolls den Geschäftsbericht der Vorstandschaft über das erste Quartal 1906.

Diesem war zu entnehmen, daß die Filiale in diesem Quartal einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen hat. Konnte doch trotz vielfacher Streichungen usw. die Mitgliederzahl von 525 auf 733 gehoben werden. Freilich, eine immense Arbeit hat uns dieser Aufschwung gekostet. Es fanden im letzten Quartal nicht weniger als 12 Versammlungen und Betriebsbesprechungen statt; von den Ausschüssen gingen ganz zu schweigen. Nach diesem kurzen Rückblick gilt es nun aber rastlos vorwärts zu arbeiten und wenn jeder Kollege seine Pflicht tut, dann müssen wir sehr bald das erste Tausend erreichen.

Kollege Sebald betonte noch besonders, es möchten die Kollegen den im Ehrenamt tätigen Einsaffirieren die Arbeit dadurch erleichtern, daß sie pünktlich ihre Beiträge bezahlen und im Falle, daß sie nicht zu Hause sind, diese bereit legen. Die Frauen sollten von den Mitgliedern mehr aufgeföhrt werden, damit sie mehr Interesse an der Bewegung haben.

War manche Frau war schon froh, daß sie beim Ableben ihres Mannes ein ganz bedeutendes Stück Geld herausgezahlt bekam. Wenn die Frauen mehr darin aufgeföhrt würden, dann würde es nicht vorkommen, daß die Frauen durch ewiges Schimpfen dem Manne die Sache verkehren. Unsere Einsaffirierer wünschten ein Lied davon zu singen.

Der Fühlungsball ergab den ganz netten Ueberblick von 77,20 Mk. welche Summe wieder unseren kranken Kollegen zugute kommt. Kamerad Post erstattete den Massenbericht. Die Neuzugeworbenen erklärten, Massen und Belege einer fünfständigen Revision unterzogen und dabei alles in peinlichster Ordnung angetroffen zu haben.

Bei der Wahl der Verbandstags Delegierten wurde, um eine Entscheidung zu vermeiden, erst eine Diskussion geföhrt. Die Kollegen Post und Fiedelmann sind mit absoluter Mehrheit gewählt. Der Filialausschuß hatte in einer Sitzung die Statutenvorlage des Verbandes einer genauen Prüfung unterzogen und vielfältige Änderungsvorschläge den Kollegen ausgearbeitet, so daß diese schon vor Beginn der Versammlung die Änderungen und Vorlagen miteinander vergleichen konnten.

Die Vorschläge des Filialausschusses wurden sämtlich angenommen. Danach soll der Titel unseres Verbandes kurz heißen: „Verband Leufter Gemeinde und Staatsarbeiter“.

Der Beitrag soll für männliche Mitglieder 40 Pf., für weibliche Mitglieder 20 Pf. pro Woche betragen.

Alle sonstigen „Sporteln“ als Kampffonds, Delegiertensteuern, Lokalzuschläge für Zweigbüros sollen damit fallen.

Die diesbezüglichen Stellen in § 8, 19 und 28 d sind zu streichen. § 21 Absatz d ist zu streichen. § 29 ist an Stelle des Wortes „Oktober“ das Wort „Juli“ zu setzen.

§ 36. Bezirksbüros sind von Bezirksleitern, nicht von Hilfsarbeitern zu besetzen, weil auf den Bezirksbüros selbständig gearbeitet werden mußte. Da die Bezirksbüros dem Verbandsvorstand unterstellt sein sollen, so hat dieser auch logischerweise die Kosten zu tragen (schon im Hinblick auf die Veränderung in § 34 Absatz a).

Zu § 41 wurde vorgeschlagen: 400 zahlende Mitglieder wählen einen Delegierten; beträgt die überschüssende Zahl 200 und mehr, so wird ein weiterer Delegierter gewählt. Zwei kranke Kollegen suchten um Unterstützung nach; die Angelegenheit wurde dem Ausschuss überwiesen.

Kollege Sebald erwähnte zum Schluß noch, die Kollegen möchten sich jetzt schon dem Bürgerrechts-Verein anschließen, damit sie zur nächsten Wahl auch in dieser Weise für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewirkt werden kann.

Wenn dann ferner jeder Kollege mitarbeitet an dem Ausbau unserer Organisation, dann wird es uns in Zukunft nicht mehr passieren, daß wir $1\frac{1}{2}$ Jahre (es ist ein Skandal) oder noch länger auf die Vorberichtigung unserer Petitionen warten müssen. „Den letzten Mann herein“, muß unsere Parole sein.

Forstheim. Mitgliederversammlung am 31. März d. J., abends 8 Uhr im „Weißen Hof“.

Zunächst wurde nach Protokollberlesung ein ausführlicher Bericht des Kollegen Reuser vom Gewerkschaftsartikel entgegengenommen. Nachdem wurde eine ständige Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Raab, Wundram und Polschmann. Die Raifeler soll diesmal um $\frac{1}{10}$ Uhr vormittags im „Tivoli“ beginnen, nachmittags findet ein gemeinsamer Ausflug statt. Nach einem kurzen Vortrage des Kollegen Girrbach über die Delegiertenwahl wurde eine Wahlkommission gewählt und die Wahl vorgenommen. Das Wahlergebnis war 46 Stimmen für den Kollegen G. Rittmann in Straßburg. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, Kollege Rittmann möge vor der Generalversammlung hier vorprechen. Verschiedene Kollegen wünschten sodann eine geregelte Jahrestagszeit. Kollege Girrbach versprach nochmals beim Herrn Oberbürgermeister Habermehl vorzusprechen. Nach einem kräftigen Schlafwort, wobei er die Kollegen ermahnte, treu zur Fahne zu halten, sowie die künftigen Kollegen dem Verbandsausführung, schloß Girrbach die Versammlung.

Wiesbaden. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 8. April. Bei Erstattung der Abrechnung vom 1. Quartal, die an sich in besser Ausführung gefunden war, erntete sich eine längere Debatte über den Ausfall von 80 Mitgliedern, welche teils durch die Entlassung auf dem Gaswerk sich abmeldeten und teils Schulden halber getrieben werden mußten. Danach gab der Arbeiterausschuß Bericht über seine letzte Sitzung.

Kollege Schmidt vom Gaswerk verlas das Sitzungsprotokoll, welches die Wünsche und Anregungen der Arbeiter enthielt. In der Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen bedauert, daß der Antrag betr. Aufschlag für Sonntagarbeit der Solarbeiter nicht weit genug gehe. Es hätte unbedingt 50 Proz. dafür geföhrt werden müssen, zumal dies im Halberwerk schon längst bezahlt wird. Kollege Schröder stellt die Anfrage: Was gebührt der Vorstand zum betrefens der Entlassung auf dem Gaswerk. Er begründete seine Interpellation in längeren Ausführungen, wobei er das Verhalten der Arbeiter und Vorgehens kauf getriebe. Da von verschiedenen Seiten erklärt wurde, daß Eingaben an den Magistrat keinen Zweck hätten, erwiderte Kollege Schröder, er wolle dann mit zwei Kollegen selbst bei der Direktion vorstellig werden und die Verhältnisse schildern, nur bitte er, daß die Versammlung dies bewillige, damit ihm später kein Vorwurf gemacht würde.

Die Beratung der Statutenvorlage des Hauptverbandes wurde unridgestellt bis zur nächsten Versammlung und das Ergebnis der Delegiertenwahl zum Verbandstag bekannt gegeben. Es wurden 54 Stimmen abgegeben, davon erhielten Kollege Ph. Schäfer 37, J. Rudy 10, J. Weber 5, 2 ungültig.

Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 13. Mai, bei Groß statt. Einziger Punkt: Statutenberatung.

Rus den Stadtparlamenten.

Mannheim. Die Straßensahner scheinen nunmehr endlich auch beim Stadtrat etwas Verständnis und Gegenseitigkeit zu finden. Wie wir erfahren, wurde in der gestrigen Sitzung der Straßenbahnkommission den Forderungen des Personals infolien Achtung getragen, als den Führern eine Amtsauslage von jährlich 120 Mk. und den Schaffnern eine solche von 60 Mk. bewilligt wurde. Diese Zulagen werden ohne Unterschied der Diensten allen Angestellten gewährt, mit Wirkung vom 1. Januar 1906 ab. Das höhere Amtsauszahl der Führer wurde begründet mit dem Hinweis auf den anstrengenderen Dienst und auf die besondere Verantwortlichkeit

dieser Kategorie. Die Straßenbahner selbst hatten eine monatliche Gehaltserhöhung von 10 M. für das gesamte Personal und die Erhöhung der Funktionszulagen von 60 auf 120 M. verlangt. — Wir sind im Moment mit in der Lage, zu beurteilen, ob sich die Straßenbahner mit den oben erwähnten Zugeständnissen des Stadtrates einverstanden erklären werden und können; das eine ist aber zu bemerken, daß eine Stadtverwaltung nicht zuwarten sollte, bis das Personal eines städtischen Betriebes zum äußersten Mittel schreiten will, um seinen Forderungen Beachtung zu verschaffen. Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die tolpatschige Art des katholischen „Volksblatt“ verwiesen, das sich gestern berufen fühlte, in seinem Bericht über die Straßenbahnerversammlung ausdrücklich hervorzuheben, es sei die „laue Haltung der sozialdemokratischen Stadträte und Stadtverordneten“ in dieser Frage getadelt worden. Dem schwarzen Papier und denjenigen Straßenbahnern, welche die Aufgaben der sozialdemokratischen Mathausstraktion nur nach ihrem engen Gesichtskreise und nur in bezug auf ihre speziellen Berufsinteressen beurteilen, könnte doch auch bekannt sein, daß infolge des in Baden gültigen Dreiklassenwahlrechts zu den Gemeindevertretungen die Sozialdemokratie auf den Mathausern immer in der Minderheit bleibt, und daß die bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums, noch stets die sozialdemokratischen Anträge niedergestimmt haben, die eine erhebliche Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter und Angestellten bezweckten.

Rus den Gemeinden.

Halle a. S. Lohnerhöhungen für — Bürgermeister und Stadträte stehen in naher Aussicht. Den Stadtverordneten wird in Kürze eine Vorlage zugehen, die für den Bürgermeister Hohl sowie für die besoldeten Stadträte eine Gehaltsaufbesserung verlangt. Die Vorlage ist im wesentlichen eine Erneuerung des Antages, der schon vor drei Jahren gestellt, aber damals, da keine Aussicht auf Annahme bestand, zurückgezogen wurde. Inzwischen hat sich nun manches geändert, was den Anlaß gab, unter günstigeren Verhältnissen jetzt eine Vorlage wieder aufzunehmen. Beantwortet wird deshalb eine Erhöhung von 2000 M. für den Bürgermeister, je 1000 M. für die Stadträte.

Es ist es recht! Die bestehenden Forderungen der städtischen Arbeiter werden einfach abgelehnt, weil nach Angaben des Magistrats kein Geld da ist. Derselbe Magistrat fordert für sich aus dem angekündigten Zehel aber einige Tausendmark Zulagen.

Ein Lehrmeister? Dieser Tage fand ein großes Festessen statt, an welchem zu Ehren des Bürgermeisterverschiedels die Zungen der Behörden und die bürgerlichen Stadtverordneten teilnahmen. Dort hielt auch Herr Stadtverordneter Vorsteher Tutenberger eine Lobrede auf den neuen Bürgermeister und hob hervor, daß Breslau die Stadt, von der Herr Dr. Nive nach Halle übergegangen sei, eben falls eine großartige Verwaltung sei und daß Herr Dr. Nive unter der Leitung eines erprobten Mannes wie des Herrn Vender dort reiche Erfahrungen gesammelt haben müsse, die um Segen der Stadt Halle verwandt werden mögen. Die Taten des Herrn Vender in Breslau sind unseren Lesern noch bekannt. Man darf wohl hoffen, daß Herr Tutenberger nicht wünscht, daß der neue Halleische Bürgermeister auch diese Seiten des „erprobten Mannes“ in Breslau annehme.

Stuttgart. Die „Schwäbische Tagwacht“ bringt folgende Notizen, die auch unsere Leser interessieren dürften:

Die städtische Straßenbauinspektion Stuttgart macht anscheinend mit den von ihr eingestellten italienischen Arbeitern nicht die besten Erfahrungen. Die durch Einführen von Stroh zum Logis umgewandelte Bauhütte mußte auf das Drängen der in der Nähe wohnenden Untertürkheimer Einwohner, welche die schlimmsten städtischen Nachteile für ihre Kinder von dieser Nachbarschaft zu befürchten hatten, wieder geräumt werden. Den Kindern war nämlich Gelegenheit geboten, Zeuge von Amüsaments der Einquartierten mit Frauenzimmern im Evakosium zu sein. — Was wäre in einem solchen Falle mit deutschen, einheimischen Arbeitern geschehen? Die Italiener arbeiten aber weiter, weil ja der Vorfall in keinem Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis steht, und zwar zu einem Lohne, den einheimische handige Arbeiter nach Beziehungswerte unter Umständen erst nach 4jähriger Dienstzeit erhalten. Was sagt der Gemeinderat dazu?

Einen wenig schönen Anblick verschaffte am letzten Samstagabend gegen 6 Uhr in der Möhringerstraße der bekannte Laterneninspektor Vohl; den um diese Zeit gerade von der Arbeit heimkehrenden Arbeitern, indem er wieder einmal in total befrunkenem Zustande per Taxifahrer nach Hause befördert werden mußte. Es wäre für den Betrieb und damit auch für die Steuerzahler gewiß

vorteilhafter, wenn sich der Inspektor etwas mehr um seine Arbeiter bekümmern würde, die von den unteren Aufsichtsorganen in der glücklichsten Weise schikaniert und drangaliert werden, während der Betriebsvorstand sich gütlich tut. — Es ist geradezu eine Leutesucht gegenwärtig in diesem Betriebe, so daß man genötigt ist, die Arbeit bei einer Maschine, die unter normalen Verhältnissen von drei Arbeitern gemacht wird, wochenlang mit nur zwei Arbeitern zu machen. Auch muß in Betracht gezogen werden, daß die Geräte von ungeschulten Kräften viel weniger geschont werden, als wenn geschultes Personal zur Verfügung steht. Mein Mensch kümmert sich darum, wenn von dem stetig wechselnden Personal die Geräte ruiniert werden, während die älteren Arbeiter des Betriebes, von denen man glaubt, daß sie weniger mehr daran denken, den Arbeitsplatz zu wechseln, und denen man deshalb auch eine Behandlung zu bieten mag, die geradezu als unwürdig betrachtet werden muß, wegen jeder Zulaufverpachtung ein Verhör zu bestehen haben. Welche Ansprüche müßten die Arbeiter schon bestehen, um wenigstens die schlimmsten Auswüchse, welche durch das Wechseln des Arbeitsbezirks alle 4 Monate entstanden, zu bereinigen. Der Inspektor behauptete gegenüber einem Gemeinderat, daß er genötigt sei, diesen Wechsel vorzunehmen, weil die Arbeiter zu belumpet würden und auch schon bezüglich des „Verlangens“ von Trinkgeld bezw. Getränken von den Hausbesitzern unverdächtig geworden seien. Dies ist eine Verdrängung der Laternenarbeiter, die zu beweisen dem Inspektor wohl schwer fallen wird. H. H. W. g.

Anzeigen.

Totenliste des Verbandes.

Friedrich Böhm, Berlin IV
† 9. April 1906 im Alter
von 42 Jahren.

Joseph Wagner, München
† 15. April 1906 im Alter
von 32 Jahren.

Chre ihrem Andenken!

Unserem Kollegen

Hermann Mah

und seiner jungen Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zu seiner, am 6. April d. J. stattgefundenen Hochzeit.

Die Kollegen des Wasserwerkes „Friedrichshagen.“

Unserem Kollegen

Gustav Gohner

und seiner jungen Frau zu ihrer am 21. April stattfindenden Hochzeit die besten Glückwünsche.

Die Sektion Stuttgart-Bohnanng.

Unserem Verbandskollegen

Heinrich Held

nebst Frau zu ihrer am 7. April stattgefundenen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Filiale Mainz.

Düsseldorf.

Unserem werten Kollegen

Severin Kröll

und seiner lieben Frau zu der am 22. April stattfindenden Hochzeit die besten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen des Außenbetriebes der Gasanstalt.

Unserem Verbandskollegen

Jakob Sareik

und seiner lieben Frau Katharina die besten Glückwünsche zu ihrer am 14. April stattgefundenen Hochzeitsfeier. Die Verbandskollegen der Ruhr u. Gutsverwaltung Mannheim.

Achtung!

Achtung!

Hamburg!

Alle irgend als überzählig aufzutreibenden Exemplare der letzten Ausgabe (Nr. 4) der „Hamburg. Staatsangestellten Zeitung“ eruchen wir umgehend an unser Verbandsbureau, Gürtel 11 III, oder an Unterzeichneten zu senden.

Verlag der „Hamburgischen Staatsangestellten Zeitung“